

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 17

Ausgegeben am 23. Januar 1920

38. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

Valutaelend und planmäßige Wirtschaftsorganisation

Von Heinrich Cunow

Die am 10. Januar in Paris vollzogene Ratifizierung des am 28. Juni vorigen Jahres in Versailles unterzeichneten Friedensvertrags hat trotz der bestimmten Zusicherung alsbaldiger Heimsendung der noch in Frankreich befindlichen Kriegsgefangenen deutscher Nationalität in Deutschland kein freundliches Echo gefunden. Die meisten Zeitungen haben es zwar für ihre journalistische Pflicht gehalten, über die endlich nach langem Hoffen und Harren erfolgte Ratifikation einen Leitartikel zu bringen und in diesen einige schöne Redensarten über angeblich in der deutschen Bevölkerung neu erwachte Hoffnungen auf die »Segnungen des Friedens« einzuflechten; aber diese Redensarten klangen meist so erquält und geschraubt, daß jeder, der die journalistische Routine kennt, sich sofort sagte: »Die Verfasser glauben selbst nicht an ihre Verheißungen, sondern folgen nur einem Gebot der Stimmungsmache.«

Frieden, Frieden! — aber welch ein Frieden? Ein Frieden der Schmach und des Elends, der das deutsche Volk völlig verklaut und es, obgleich zermürbt und aus schweren Kriegswunden blutend, in eine harte Fron hineinzwingt, indem er ihm materielle Lasten aufbürdet, wie sie bisher niemals, soweit die geschriebene Geschichte zurückreicht, einem Kulturvolk auferlegt worden sind — geradezu eine Parodie auf die noch vor Jahresfrist von manchen Ideologen verkündete Weisheit: seien auch die Waffenstillstandsbedingungen recht hart, so würden doch die Friedensbedingungen schließlich um so milder ausfallen, denn die großen westlichen Demokratien hätten, nachdem der deutsche Militarismus gestürzt wäre, nicht das geringste Interesse daran, das deutsche Volk in einen Gemütszustand zu versetzen, der notwendig in ihm bittere Rachegefühle wecken müsse — und sollte die Entente-Bourgeoisie nicht aus eigenem solches Verständnis aufzubringen vermögen, so würde sicherlich der gewaltige Protestschrei des in der Internationale organisierten Proletariats die Ententestaaten zum Maßhalten bei ihren Forderungen nötigen.

Bisher hat sich von solchem Maßhalten nichts gezeigt. Die Aussichten, daß jetzt nach der erfolgten Ratifikation eine allmähliche Rückkehr zu den »Segnungen des Friedens« eintreten wird, sind denn auch sehr gering, mag immerhin in einigen Wirtschaftszweigen sich eine gewisse Wiederbelebung des Geschäfts zeigen; denn diese Besserungen der Wirtschaftslage werden mehr als ausgeglichen durch die dem Deutschen Reich aufgezungenen, im Friedensvertrag festgesetzten Verpflichtungen, zunächst die Entrichtung der als vorläufige Anzahlung auf das Wiedergutmachungskonto geforderten 100 Milliarden in Gold (nach heutigem Wechselkurs ungefähr 1100 Milliarden in Papiergeld) — Verpflichtungen, die Deutsch-

land in seiner jetzigen Wirtschaftsverfassung beim besten Willen nicht zu leisten vermag und deren Erfüllung doch die immer mehr unter Frankreichs Führung geratene Entente mit allen Druckmitteln zu erpressen suchen wird.

Von der Hoffnung einiger optimistischer Wirtschaftspolitiker, die Friedensratifizierung werde günstig auf den Stand der deutschen Valuta einwirken, hat sich denn auch nichts erfüllt; im Gegenteil steht heute der Wert der deutschen Papiermark im zwischenstaatlichen Verkehr noch um über 100 Prozent tiefer als vor ungefähr vier Monaten. Mitte September vorigen Jahres galt immerhin die Reichsmark noch 18 $\frac{1}{2}$ Centime in der Schweiz, heute kaum noch die Hälfte dieses Satzes. Im Durchschnitt hat, wenn man die wichtigsten Kursnotierungen an den Börsenplätzen der neutralen Auslandsstaaten zugrunde legt, die Mark im internationalen Verkehr nur noch ungefähr den elften Teil ihres einstigen Wertes. Damit haben zwar die deutschen Reichsbanknoten noch nicht ganz den Tiefstand der französischen Assignaten erreicht, die 1796 nur noch ein Hundertstel ihres Nominalwertes galten; aber die Reichsmark befindet sich auf dem besten Wege, dem Beispiel der Assignaten zu folgen. Und leider besteht wenig Aussicht, daß die Bewertung der Mark im internationalen Verkehr sich in nächster Zeit heben wird, liegt doch der Schwerpunkt der Preisgestaltung längst nicht mehr im Inland, sondern im Ausland, das infolge der großen Warenkäufe für deutsche Rechnung und der deutschen Kapitalflucht heute vielleicht schon 70 Prozent des gesamten deutschen Papiergeldes besitzt, also mit einem Riesenangebot von deutschen Banknoten, Kassenscheinen usw. aufzuwarten vermag, dem keine erhebliche Nachfrage gegenübersteht.

Eine Hebung des Kurswertes unseres Papiergeldes wäre nur durch eine Änderung dieses Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage möglich, das heißt durch eine Verringerung des Angebots und Vermehrung der Nachfrage, zum Beispiel durch eine erhebliche Einschränkung unserer Wareneinkäufe im Ausland und eine wesentliche Vermehrung unseres Wareneports. Ist darauf aber in nächster Zeit zu rechnen? Noch immer dauert der Import von Waren aller Art, nötigen und überflüssigen, aus dem Ausland an, zumeist über die Westgrenze oder richtiger über das besetzte linksrheinische Gebiet — eine Masseneinfuhr, die nur zum kleinsten Teil mit Waren bezahlt oder auf langfristigen Kredit gekauft wird, sondern für die zumeist als Zahlung, Zug um Zug, deutsche Noten hinausgegeben werden. Die Folge ist selbstverständlich eine immer größere Anhäufung deutschen Papiergeldes in fremden Händen.

Leider ist auf eine wesentliche Änderung kaum in nächster Zukunft zu rechnen; denn wir sind vorerst noch auf beträchtliche ausländische Zufuhren von Nahrungsmitteln und Rohstoffen angewiesen, und zudem wird eine wirkliche Verhinderung des Imports von überflüssigen Luxuswaren aus den vom Feinde besetzten westlichen Gebieten sich kaum durchführen lassen, da Franzosen, Engländer und Belgier gar kein Interesse daran haben, solchem Zweck dienende Absperrungs- und Kontrollmaßnahmen der deutschen Behörden zu unterstützen und ihren Handelskreisen die günstige Gelegenheit zu nehmen, profitable Exportgeschäfte nach Deutschland zu machen.

Freilich ein Mittel gäbe es wohl, den Zustrom ausländischer Luxuswaren zu verringern, nämlich das, die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung für derartige Erzeugnisse herabzudrücken, das heißt durch Erhebung

hoher Steuern sowie Herabsetzung der Profite, Gehälter und Löhne die Wertsumme zu ermäßigen, die dem einzelnen Konsumenten zum Einkauf von mehr oder minder überflüssigen Waren zur Verfügung steht. Aber sind derartige Maßnahmen unter den heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen von der jetzigen Volksregierung durchführbar?

Auch das Mittel, den Kurswert der deutschen Reichsmark an den Auslandsbörsen durch die Aufnahme einer großen Auslandsanleihe zu heben, die einen beträchtlichen Teil des schwimmenden Notenmaterials aus dem ausländischen Markt herausnimmt oder wenigstens auf längere Zeit »bindet«, das heißt vom Markt fernhält, versagt heute. Denn die Aufnahme einer solchen Anleihe setzt eine Hilfsbereitschaft der fremden Regierungen und Finanzgruppen voraus, vor allem der amerikanischen Bankfinanz, die heute noch nicht vorhanden ist und auch kaum so lange vorhanden sein wird, als nicht diese Finanz das Vertrauen gewonnen hat, daß die heutige Staats- und Regierungsform des Deutschen Reichs auf gesichertem festen Fundament ruht und eine allmähliche wirtschaftliche Gefundung des deutschen Wirtschaftskörpers garantiert, also bis die Gefahr des Zurmachtgelangens der kommunistisch-unabhängigen Parteigruppen und der Durchsetzung ihrer politischen und wirtschaftlichen Forderungen als überwunden gelten kann. Solange diese Garantie nicht gegeben ist, wird sich die ausländische Finanz nicht zur Hergabe großer Geldmittel verstehen, und kleine Auslandsanleihen, die nicht einen beträchtlichen Teil des in fremden Händen befindlichen deutschen Notenmaterials dem zwischenstaatlichen Geldverkehr entziehen, vermögen keinen erheblichen und nachhaltigen Einfluß auf den Valutaftand auszuüben.

Da dieses Vertrauen in die politische Stabilität und die baldige Besserung der deutschen Wirtschaftsverhältnisse in den ausländischen Kapitalistenkreisen fehlt, bleibt auch der Versuch ohne Wirkung, die ausländischen Warenlieferanten und Banken zur Gewährung umfangreicher langfristiger Kredite zu bewegen oder die fremden Valutaspekulanten zum Ankauf und zur Hinlegung großer Massen deutscher Reichsbanknoten zu veranlassen. Solange derartige Vorfälle wie die blutigen Demonstrationen vor dem Reichstagsgebäude in Berlin am 13. Januar möglich sind, verspüren natürlich die ausländischen Valutaspekulanten wenig Neigung, einen ansehnlichen Teil ihres Kapitals in deutschem Papiergeld anzulegen. Sie wollen natürlich Gewinnchancen, eine gewisse Aussicht auf ein baldiges Wiederaufsteigen des Kurswerts der Noten haben. Es ist daher auch etwas ganz Selbstverständliches, daß die ausländischen Börsen jedesmal auf den Ausbruch neuer großer Generalstreiks oder Unruhen in Deutschland mit neuen Kursstürzen der deutschen Reichsmark antworten, denn die verängstigten auswärtigen Besitzer deutschen Papiergeldes suchen alsbald ihre Scheine loszuwerden und verstärken dadurch das Angebot.

Erschwert wird die Valutakrise für Deutschland noch dadurch, daß infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Abgeschlossenheit seines Wirtschaftskreises sowie des zur Aufrechterhaltung der Ernährung seiner Bevölkerung durchgeführten Rationierungssystems mit Festschung von Höchstpreisen ein Ausgleich des ausländischen Wechselkurses mit der Kaufkraft des Papiergeldes im deutschen Inland nicht stattgefunden hat, demnach der Wechselkurs der maßgebenden Auslandsstaaten nicht der genaue Ausdruck

des inländischen Geldstandes ist. Mit anderen Worten: Die Preise eines ansehnlichen Teiles der in Deutschland selbst erzeugten Bedarfsartikel haben sich nicht den sogenannten Weltmarktpreisen, gemessen am Kurswert der deutschen Valuta, anzupassen vermocht, sondern bleiben beträchtlich unter den Auslandspreisen zurück, oder, wie man auch sagen kann, die Entwertung des deutschen Papiergelds im inländischen und ausländischen Verkehr ist eine ungleichmäßige. Im ganzen hat eine beträchtliche Überwertung der fremden Valuta stattgefunden. Weil im Verkehr mit dem Ausland die Mark nur noch ungefähr den elften Teil ihres früheren Wertes hat, deshalb sind noch keineswegs auch alle Warenpreise auf dem inländischen Markt, alle Löhne, Gehälter, Einkommen usw. um das Elffache gestiegen. Der Beamte und Angestellte, der früher 3000 Mark Gehalt bezog, erhält nun nicht 33 000, und er zahlt auch nur für die Waren, die aus dem Ausland bezogen werden müssen, ungefähr das Elffache der Preise, den er, falls noch der frühere Kurswert bestände, zahlen müßte, nicht für die Waren, die in Deutschland selbst hergestellt werden, zum Beispiel nicht für die meisten rationierten Waren, nicht für die Wohnung, nicht für alle in Deutschland erzeugten Gemüse, für Bücher, für Zeitungen usw.

Durch diese größere Entwertung der Mark auf dem Auslands- als auf dem Inlandsmarkt erwachsen dem deutschen Wirtschaftsleben große Nachteile. Zum Beispiel muß Deutschland die aus dem Ausland bezogenen fremden Rohstoffe im Verhältnis viel höher bezahlen als seine Konkurrenten, als Amerika, England, Frankreich, die Schweiz usw. Geseht zum Beispiel ein Pfund Baumwolle koste in New York 35 Cent, dann würde der Züricher Importeur in New York dafür zurzeit nur ungefähr 1,96 Franken, der Bremer aber über 15 Mark zu zahlen haben. Andererseits erleichtert der Tiefstand der Valuta die Ausfuhr. Er wirkt als Exportprämie. Während der Hamburger Exporteur beispielsweise für irgendeinen Exportartikel in Hamburg 100 Mark zahlen muß, zahlt der Stockholmer für denselben Gegenstand nur ungefähr $9\frac{1}{2}$ Kronen; aber dieses Mißverhältnis hat für ein derartig von Waren entblößtes Land wie Deutschland die Gefahr, daß die in ihm erzeugten Waren, die es selbst nötig gebraucht, in das Ausland verschleudert werden, und zwar auf Kosten des deutschen Volkswohlstandes zu Preisen, die weit unter dem üblichen Auslandspreis stehen, die also nichts anderes als ein Geschenk an den ausländischen Importeur und seine Abnehmer bedeuten. Ein richtiger **U s v e r k a u f** deutscher Warenbestände zu »herabgesetzten Preisen«.

Ein zweiter Nachteil ist, daß die fremden Kapitalisten sich in den Stand gesetzt sehen, deutsche Wertpapiere, wie deutsche Anleihepapiere, Aktien, Obligationen usw., zu ganz billigen Preisen anzukaufen und sich dadurch für ein Spottgeld in den Besitz wertvoller deutscher Industrieunternehmungen zu setzen. Nehmen wir zum Beispiel an, das Aktienkapital eines großen Hüttenwerks betrage 10 Millionen Mark und die Aktien würden an der Börse zu 150 Prozent gehandelt, so vermag ein Amerikaner bei einem New Yorker Wechselkurs von 9 Dollar pro 400 Mark das ganze Hüttenwerk für 337 500 Dollar zu erwerben oder sich für ungefähr die Hälfte dieser Summe, die nach heutigen amerikanischen Begriffen eine Bagatelle ist, durch Ankauf der Aktienmajorität ein entscheidendes Verfügungsrecht über das betreffende Werk zu sichern. Bekanntlich haben denn auch in letzter

Zeit ausländische, vor allem amerikanische Kapitalisten massenhaft deutsche Industrieaktien angekauft, ja es ist bereits so weit gekommen, daß sie, nachdem sie deutsche Werke angekauft, diese stillgelegt und die maschinellen Einrichtungen ins Ausland entführt haben. Eine gewisse maßvolle Beteiligung fremden Kapitals an deutschen Industrieunternehmungen kann uns in der jetzigen wirtschaftlichen Notlage nur erwünscht sein, denn damit gewinnt das fremde Kapital ein Interesse daran, daß die deutsche Industrie nicht zugrunde gerichtet wird; aber diese Beteiligung darf nicht einen Umfang annehmen, die zur Stellung der deutschen Werke unter das Diktat des Auslandskapitals und zum glatten Abfluß des in diesen Werken erzielten Unternehmergewinns nach dem Ausland führt.

Dem deutschen Reichswirtschaftsministerium kann der Vorwurf nicht erspart werden, daß es, wie der Massenflucht des deutschen Kapitals ins Ausland, so auch der Entwicklung dieser Zustände allzulange tatenlos zugehört und erst vor kurzem, als die Mißstände immer ärger wurden, sich zum Eingreifen entschlossen hat — und auch jetzt wieder nur in einer Weise, die nicht ausreicht, der Benachteiligung der deutschen Wirtschaft durch das Mißverhältnis zwischen Inlands- und Auslandspreisen zu wehren. Während bisher der deutschen Industrie überlassen blieb, wie weit sie auf die von ihr ins Ausland verkauften Waren sogenannte Valutazuschläge erheben wollte, stellt die jüngst vom Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung verabschiedete Verordnung zur Regelung des Außenhandels die Warenausfuhr unter die Kontrolle der schon in einigen Industriezweigen vorhandenen, in anderen geplanten Außenhandelsstellen und ermächtigt diese, bestimmte Exportpreise für die ins Ausland gehenden Waren festzusetzen. Wer diese Preise nicht einhält, soll keine Ausfuhrerlaubnis erhalten. Der Mehrgewinn, der aus dieser Preisnormierung, der Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreisen, entspringt, soll teils den Exporteuren (Großhändlern oder Produzenten) zufließen, um diese zu veranlassen, ihren Export auszuweiten und das infolge der Valutaschwankungen mit den Geschäften verbundene Risiko zu übernehmen, teils soll er an die Reichskasse abgeführt und zur Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben verwendet werden. Wie hoch diese von den einzelnen Industriezweigen zu entrichtende Abgabe bemessen werden soll, wird von Fall zu Fall je nach den Ausfuhrverhältnissen und der Art der zu der Ware verwendeten Rohstoffe, besonders ob ausländischen oder einheimischen Ursprungs, entschieden.

Soweit in den einzelnen Industriezweigen die Einrichtung von Außenhandelsstellen zurzeit unmöglich oder schwierig erscheint, sollen zum Ausgleich beim Übergang der im Inland hergestellten Waren über die Grenzen Ausfuhrzölle erhoben werden. Eine Maßnahme, die als eine Halbheit bezeichnet werden muß, da solche Ausfuhrzölle sich der bunten Mannigfaltigkeit der Absatzverhältnisse nicht nachgiebig anpassen vermögen und notwendig rein schematisch ausfallen müssen, zumal eine eigentliche Differenzierung der Zollhöhe gegenüber den einzelnen Nachbarstaaten durch § 286 des Friedensvertrags, der den Ententestaaten die unbeschränkte Meistbegünstigung zusichert, ausgeschlossen ist. Als Notbehelf zur Ergänzung der Preisregelungstätigkeit der Außenhandelsstellen kann indessen die Einführung von Ausfuhrzöllen, soweit sie sich auf die zurzeit tatsächlich schwer organisierten Produktionszweige beschränkt, als berechtigt gelten.

Dagegen bleibt es noch immer den einzelnen Aktiengesellschaften überlassen, sich durch entsprechende Statutenänderungen gegen den Aufkauf ihrer Aktien durch das fremde Kapital zu sichern. Auch hier müßte durch Änderung des Aktiengesetzes und durch Errichtung von den Bedürfnissen der einzelnen Branchen entsprechenden, unter der Kontrolle der Regierung stehenden Treuhandgesellschaften oder nach dem System der amerikanischen »Holding«-Kompanien organisierten Finanztrusts dem Verschleiß der deutschen Industrie an das Ausland vorgebeugt werden.

Alle solche Maßnahmen vermögen indes die aus der Valutamisere der deutschen Industrie und dem deutschen Volkswohlstand drohende Gefahr nicht zu beseitigen. Das Ziel bleibt eine planmäßige Organisation der deutschen Industrie, eine Organisation in organisch sich aufbauenden, unter der Kontrolle des Staates stehenden Selbstverwaltungskörpern, an denen auch die Arbeiterschaft mitwirkt. In dieser Hinsicht stimme ich Wissells Ansicht von der Notwendigkeit einer sogenannten »Planwirtschaft« völlig zu, wenn ich auch in bezug auf verschiedene Einzelheiten anderer Ansicht bin. Wie sich immer mehr die Erkenntnis Bahn bricht, daß die planlose kapitalistische Wirtschaft, die Wirtschaft der freien Konkurrenz, durch die Entwicklung überholt ist, beweist am besten die Tatsache, daß auch die englischen Whitleypräte in letzter Zeit verschiedentlich mit Organisationsplänen hervorgetreten sind, in denen eine mehr oder minder umfassende Selbstverwaltung der englischen Industrie unter Mitwirkung der Arbeiter gefordert wird. Weit mehr noch als England ist aber Deutschland in seiner heutigen traurigen Wirtschaftslage auf eine alle Produktivkräfte zusammenfassende Organisation angewiesen. Ist solche Organisation auch nicht der Sozialismus selbst, so doch eine Vorstufe für seine spätere Durchführung.

Das Problem der Akkordarbeit

Von Dr. Ludwig Duesel

(Schluß)

II

4. Die Ausbreitung des Stücklohns in England

Die objektive, durch Schlagworte ungekrübbte Stellungnahme der englischen Gewerkschaften zu der Frage des Stücklohns hat dazu geführt, daß vor dem Kriege nicht weniger als 49 Gewerkschaftsvereine mit 570 000 Mitgliedern den Unternehmern gegenüber auf Stücklohn bestanden. Es waren dies folgende Gewerkschaften:

1. Gewerkschaften, die auf Stücklohn bestehen:

Rohlenbergleute (Föderation Durham, Northumberland, South Wales, Forest of Dean, West Bromwich)	322 000	Feilenschneider	1 700
Eisenerzbergleute von Cleveland	3 700	Drahtzieher	1 600
Baumwollspinner	18 250	Stahlschmelzer	2 400
Baumwollweber	83 600	Zinnwalzwerkerarbeiter	6 000
Spitzenarbeiter	3 500	Löpfer	1 350
Schneider	19 500	Teppichweber	1 400
Stiefel- und Schuharbeiter	48 800	Strumpfwirker	3 900
Eisenarbeiter	6 700	Filzhutarbeiter	3 150
Flintglasarbeiter	2 150	Zigarrenarbeiter	1 250
Glasflaschenarbeiter	2 450	Gerber	1 100
		Sechzehn andere Gesellschaften	39 000
		49 Gewerkschaften	573 000